

Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft

Vision einer neuen Wirtschaftsordnung
für Gerechtigkeit, Zukunftsfähigkeit und Frieden

Kurzfassung des Buchmanuskripts mit ungekürztem Vorwort

Das Buch erscheint im März im VSA-Verlag

Autor:
Franz Groll
Eichendorffstr. 4
75391 Gechingen
Tel: 07056 2391
Franz.Groll@gmx.de

Vorwort

Bis vor zwei Monaten war der Klimawandel das beherrschende Thema der politischen Diskussion. Seit September ist es schlagartig die Finanzkrise und die dadurch entstehende Weltwirtschaftskrise. Beides, der Klimawandel und die Finanz- und Wirtschaftskrise, sind die Auswirkungen unseres gesellschaftlichen Systems, des Kapitalismus. Er, bzw. seine Protagonisten, haben sich in der Vergangenheit als sehr anpassungsfähig erwiesen und vieles deutet darauf hin, dass diesmal wieder durch Flexibilität und verbale Veränderungen versucht wird, das System ein weiteres Mal zu retten. Diesmal wird das aber nicht mehr so wie in der Vergangenheit möglich sein, denn der Klimawandel ist nicht wie ein Konjunkturzyklus eine vorübergehende Erscheinung; er ist existentiell und zwingt uns zu grundlegenden Veränderungen.

Die neuen Berichte des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), in Deutschland auch als Klimarat der UNO genannt, haben mich (und hoffentlich nicht nur mich) aufgeschreckt – der Klimawandel kommt offensichtlich wesentlich schneller als es bisher erwartet wurde. Und die Tatsache, dass diese Berichte so vorsichtig formuliert sein mussten, dass alle Staaten zustimmen konnten, auch die USA unter der Bush-Administration, lässt vermuten, dass die Veränderungen in Wirklichkeit noch erheblich schneller kommen werden, als es in den Berichten steht. Tatsächlich wurden die früheren Prognosen von der Realität übertroffen.

Zur Lösung der ökologischen Probleme war ich bis letztes Jahr, also bis zur Veröffentlichung der jüngsten IPCC-Berichte, ein Fan für marktwirtschaftliche Steuerungsmethoden, da sie die Kreativität der Wirtschaft und der Verbraucher anregt und es so zu Lösungen kommt, an die man vorher noch gar nicht gedacht hatte. Ich habe deshalb schon 1977 die Besteuerung aller Energierohstoffe vorgeschlagen und ein Jahr später die Besteuerung aller natürlichen Ressourcen. Je länger der ökologische Umbau unserer Wirtschaftsweise hinausgeschoben wurde, desto dringender wurde es, marktwirtschaftliche Methoden durch ordnungspolitische Maßnahmen zu ergänzen, da marktwirtschaftliche Methoden nur langsam zu wirken beginnen. Ordnungspolitischen Maßnahmen sind aber nur dort sinnvoll, wo ihre Einhaltung ohne großen Aufwand überwacht werden kann.

Die neuen Berichte des IPCC machen deutlich, dass die Reduzierung des Ausstoßes an klimaschädlichen Gasen in solch umfangreichen Ausmaßen und in solch kurzer Zeit erfolgen muss, dass zu befürchten ist, dass die bisher bekannten marktwirtschaftlichen Methoden und ordnungspolitischen Maßnahmen nicht mehr ausreichen werden, um die Not abwendenden Klimaschutzziele zu erreichen.

Es wurde ermittelt, dass bis 2050 der jährliche Ausstoß an klimaschädlichen Gasen auf 2 Tonnen CO₂ (äquivalent) pro Person reduziert werden muss. Für Deutschland bedeutet das eine Reduzierung um 85 % in 42 Jahren oder eine dreimalige Halbierung alle 15 Jahre. Das ist wohl die größte Herausforderung, vor die wir je gestellt wurden.

Die Erreichung der Klimaschutzziele ist nicht nur ein technisches Problem, es ist auch ein volkswirtschaftliches und soziales Problem, denn Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif. Es sind riesige Investitionen erforderlich, die in der Regel nicht die Produktivität der Arbeit steigern und sich auch nur zum Teil durch Material- oder Energieeinsparungen amortisieren. Diese Investitionen werden also zusätzliche Kosten verursachen, die zu Preissteigerungen führen werden. So lange noch Arbeitslosigkeit herrscht, kann ein Teil dieser Preissteigerungen durch sinkende Sozialbeiträge kompensiert werden, denn für die

erforderlichen Investitionen werden auch mehr Arbeitskräfte benötigt, was zu sinkenden Sozialtransfers führen wird. Sozial brisant wird es aber, wenn Vollbeschäftigung erreicht ist und die Preise wegen der Klimaschutzinvestitionen, steigender Rohstoffkosten oder wegen der Kosten durch die CO₂-Emissionshandel weiter steigen und zu Reallohnverlusten führen, da die geringen Produktivitätsfortschritte der Arbeit nur noch wenig Spielraum für preisneutrale Lohnerhöhungen lassen, die Einkommen aus Kapital aber munter zulegen, da für die Klimaschutzinvestitionen das Kapital gefragt sein wird.

Wenn dann aufgrund des demographischen Wandels zusätzlich höhere Belastungen auf die Beschäftigten zukommen, spätestens dann ist zu erwarten, dass es zu sozialen Spannungen oder gar Unruhen kommt.

Zu Beginn des ökologischen Umbaus wird es aufgrund der Klimaschutzinvestitionen zu einem wirtschaftlichen Wachstum kommen, denn durch die steigende Beschäftigtenzahl, bedingt durch die Investitionen, steigt die Wertschöpfung und die Nachfrage. In dieser Phase wird der Kapitalismus eine vorübergehende Renaissance erleben. Wenn aber der Zustand der Vollbeschäftigung erreicht ist, die Produktivitätssteigerung der Arbeit wegen der Priorität für den Klimaschutz merklich zurückgeht, vielleicht sogar die Produktivität der Arbeit überhaupt nicht mehr steigt oder gar sinkt, auch das ist nicht auszuschließen, dann wird es kein Wachstum mehr geben. Es ist, zumindest in Deutschland, ab Anfang der 2020er Jahre sogar mit einer wirtschaftlichen Schrumpfung zu rechnen, denn von 2020 bis 2034 ist wegen der demographischen Entwicklung mit einem Arbeitskräfterrückgang um etwa 1,1 % pro Jahr zu rechnen. Da die Produktivitätssteigerung bei sinkendem Trend heute schon nur bei 1,1 % liegt, wird dieser Arbeitskräfteverlust zu einer Schrumpfung der Wirtschaft führen, was für eine kapitalistische Wirtschaft verheerende Folgen haben wird.

Ein wirtschaftliches Wachstum wird dann auch aus technischen Gründen nicht mehr möglich sein. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, müssen wir, wie oben dargestellt, unseren CO₂-Ausstoß alle 15 Jahre halbieren. Wegen der großen Verschwendung heute wird die erste Halbierung möglicherweise auch dann erreichbar sein, wenn die Wirtschaft noch wächst. Der durch das Wachstum bedingte Mehrausstoß an CO₂ muss zwar zusätzlich reduziert werden, das erscheint bei der ersten Halbierung noch möglich zu sein. Danach wird es dann aber immer schwieriger werden, weitere Fortschritte zu machen. Ein wirtschaftliches Wachstum würde die Erreichung der Ziele noch erschweren, weil der durch Wachstum erhöhte CO₂-Ausstoß zusätzlich reduziert werden müsste. Es wird also der Punkt erreicht werden, wo ein Wachstum auch aus ökologischen und technischen Gründen nicht mehr möglich sein wird.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass die letzten beiden Stufen der Klimaschutzziele (zweite und dritte Halbierung des CO₂-Ausstoßes) nur durch eine substanzielle Veränderung des Konsumverhaltens erreichbar sind, was die wirtschaftliche Entwicklung aber bremsen wird. So sehen es auch der Rat der EKD und die katholischen Bischöfe in ihrer Schrift „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997. Sie schreiben auf Seite 91: *„So wird das Ziel der Nachhaltigkeit ganz sicher verfehlt, wenn das durchschnittliche Konsumniveau in den Industrieländern weiter steigt. Deshalb muss das Bewusstsein dafür steigen, dass mehr Lebensqualität heute kaum noch durch MEHR und SCHNELLER zu erreichen ist, sondern in wachsendem Maße durch WENIGER und LANGSAMER und BEWUSSTER. Derart veränderte Lebensstile werden sich vermutlich nur dann verbreiten, wenn deutlich wird, dass ein Leben, das die Mit- und Umwelt schont, neue Qualitäten hat.“*

Spätestens dann, wenn unsere Wirtschaft ohne Wachstum auskommen muss, aller spätestens dann brauchen wir ein postkapitalistisches Wirtschaftssystem, das auch ohne Wachstum oder

sogar bei schrumpfender Wirtschaft stabil ist und allen Gliedern der Gesellschaft ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

Aus den oben beschriebenen sozialen Gründen wird sich aber schon früher eine postkapitalistische, eine solidarische Gesellschaftsform durchsetzen, weil sich sonst die Armut und der Reichtum in einer nicht mehr hinnehmbaren extremen Form entwickeln würden.

Seit September 2008 gibt es aber noch einen zweiten Grund, der zu einem viel schnelleren Wandel hin zu einer postkapitalistischen Gesellschaft führen kann, als wir uns das bisher vorstellen konnten – es ist die Finanzkrise und die damit einhergehende weltweite Wirtschaftskrise.

Im Augenblick ist es noch nicht absehbar, wie sich die Krise weiter entwickeln wird. Es ist zu hoffen, dass es gelingt, die Wirtschaft vor einer Depression zu bewahren und sie möglichst schnell auf den ökologischen Pfad zu bringen, so würden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen:

- Der wirtschaftliche Niedergang würde verhindert, oder zumindest reduziert und
- der Klimaschutz würde mit der notwendigen Dringlichkeit eingeleitet werden.

Wichtig ist dabei zu beachten, dass all diese Maßnahmen nicht zu Lasten der Gering- und Normalverdiener gehen. Es kann und darf nicht sein, dass sie in mehrfacher Hinsicht die Leidtragenden der neoliberalen Politik der letzten Jahre werden, denn so viel steht fest:

Der eigentliche Grund für die Finanzkrise ist die neoliberalen Politik, die die Gewinnmaximierung zum obersten Ziel allen Wirtschaftens erklärt, ganz gleich, ob dabei reale Werte geschaffen werden oder nicht. Diese Politik war in Deutschland begleitet von Reallohnverlusten und Sozialabbau, es fand eine beispiellose Umverteilung von unten nach oben statt. Die neoliberale Ideologie wurde in den letzten 25 Jahren in einer koordinierten Kampagne von Wirtschaftsvertretern, PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und den Medien zur herrschenden Lehrmeinung hochstilisiert, bis sie schließlich von einer Mehrheit der Bevölkerung als alternativlos akzeptiert wurde.

Die hohen Gewinne führten zu einer gewaltig ansteigenden Geldmenge, die zusätzlich durch eine expansive Geldpolitik, insbesondere von der amerikanischen Notenbank (Fed), gesteigert wurde. Durch den Wettlauf der Staaten um die niedrigsten Steuersätze, insbesondere für Unternehmens- und Kapitaleinkommen, aber auch für Gutverdienende, wurde die Überliquidität verstärkt. Da die Wirtschaft, bedingt durch die hohen Gewinne, wenig Fremdkapital benötigte, ging das Geld in spekulative Anlagen. Die Folge war die Entstehung von immer größeren Finanzblasen, die in immer kürzeren Abständen platzten und zu Krisen führten.

Mit der jetzigen Krise ist ein neuer Krisen-Höhepunkt erreicht, der hoffentlich zu der Erkenntnis führt, dass die neoliberale Politik ein Irrweg ist und die Menschen zu einem definitiven, grundsätzlichen Wandel veranlasst. Barack Obama hat die Präsidentschaftswahlen mit der Forderung nach einem Wandel (change) gewonnen. Was er darunter versteht, wissen wir noch nicht und was die bisher Mächtigen ihm zugestehen zu verändern, werden wir sehen.

Von unseren PolitikerInnen der etablierten Parteien in Deutschland ist mit Sicherheit kein nennenswerter Wandel zu erwarten. Dazu gibt es viele glasklare Hinweise. So sollte z.B. Herr Tietmeyer zum Vorsitzenden der Kommission benannt werden, die Vorschläge für eine Reform der Finanzmärkte erarbeiten soll. Herr Tietmeyer ist es aber, der in einem Anflug von

Ehrlichkeit oder Überheblichkeit (oder beides) als Chef der Bundesbank die Meinung vertreten hat, dass die Politik unter der Aufsicht der Finanzmärkte stehe und er fand das offensichtlich ganz in Ordnung so! Welche Reformen wären von ihm zu erwarten? Auch das ganz neu ausgehandelte Erbschaftssteuergesetz ist ein weiterer Beleg dafür, dass zwar verbal neue Töne gespuckt werden, dass sich aber in der Realität gar nichts ändern wird, im Gegenteil, statt mit einer Erhöhung der Erbschaftsteuer die ersten Schritte zu einer Verkleinerung der Kapitalblase einzuleiten, wird die Steuerlast reduziert und damit die Kapitalblasenbildung verstärkt!! Und gestern las ich in der Zeitung, dass sich die Junge Union als die „Bastion für Wirtschaftsliberalismus und Konservatismus innerhalb der Unionsparteien“ sieht. „Mit der Mitte werden wir die Herzen der JU-Leute nicht erwärmen“, meinte zudem ihr Bundesvorsitzender! Das sind ja wirklich schöne Aussichten für die Zukunft.

Umso erstaunlicher ist die Tatsache, dass die Regierung mit der Rettungsaktion zur Stabilisierung der Finanzmärkte bei den WählerInnen sogar punkten konnte. Die Regierung und die etablierten Parteien, die alle diese neoliberale Politik nach Kräften unterstützt haben, werden nicht abgestraft, sie bekommen sogar Lob dafür, dass sie ihre falsche Politik mit einem 500 Mrd. €- Paket zu Lasten der Bürger/innen „gerettet“ haben, um sie nach der Krise wieder fortsetzen zu können. Ohne die Unterstützung der Medien wäre das undenkbar.

Der Fall ist klar: Der dringend notwendige Wandel hin zu einer solidarischen, zukunftsfähigen Gesellschaft wird eine „schwere Geburt“ werden, denn die Mächtigen und einflussreichen Kapitalbesitzer und ihre Organisationen werden sich dagegen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln wehren.

Damit es aber überhaupt zu der Geburt einer neuen, solidarischen Gesellschaft kommen kann, muss sie als Idee gezeugt werden, es muss eine Vision dieser zukunftsfähigen Gesellschaft entworfen und ein Weg aufgezeigt werden, wie dieses Ziel erreichbar ist. Dazu möchte ich mit diesem Buch einen Beitrag leisten. Es wird eine postkapitalistische, solidarische und zukunftsfähige Gesellschaft beschrieben und es wird auch der Weg aufgezeigt, wie diese Gesellschaft „zur Welt“ gebracht werden kann.

Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass Sie nicht mit allem einverstanden sind, was ich vorschlage. Wenn es anders wäre, dann würde mich das wundern. Ein solches Werk kann unmöglich allein von einer einzelnen Person entworfen werden. Aber vielleicht festigt dieses Buch bei Ihnen die Einsicht, dass es so wie bisher nicht weiter gehen kann, und bringt Sie zu verstärktem Nachdenken. Und wenn aus dem Nachdenken neue, bessere Lösungen entstehen, die dann zu neuen Aufbrüchen führen, dann hat dieses Buch seinen Zweck erfüllt.

Ich hoffe dabei auch auf Unterstützung durch Institutionen, Vereinigungen, Gewerkschaften und die Kirchen. Letztere haben mit ihrer Schrift „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997 einen hoffnungsvollen Anfang gemacht.

Vielleicht finden Sie auch manches von dem, was ich schreibe, als viel zu idealistisch. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Sie mit der Kritik nicht ganz unrecht haben. Aber: Wenn wir wirklich etwas substantiell verändern und die riesigen Probleme lösen wollen, dann müssen wir ganz neue Wege gehen, auch solche, die uns heute noch als illusorisch erscheinen. Wenn wir uns sehr viel zutrauen, dann werden wir auch viel erreichen.

Auf alle Fälle geht eine mehr als zweihundertjährige Periode des MEHR und des WACHSTUMS zu Ende. Wir stehen an einer grundsätzlichen Wende. Wenn wir diese Wende nicht aktiv gestalten, dann werden wir passiv ins Unheil geraten. Wir haben nur noch sehr wenig Zeit zum Handeln!!

Franz Groll
Gechingen
11.11. 2008

Kurzfassung des Inhalts

Kapitel 1 – 3 Der Klimawandel zwingt uns zum Handeln

Der von uns Menschen verursachte Klimawandel wird zur größten Herausforderung, vor die die Menschheit je gestellt wurde. Eigentlich sind diese Gefahren schon seit den 70er Jahren bekannt, sie wurden aber erst bei der Rio-Konferenz 1992 von allen Regierungen anerkannt. Dennoch hat sich bis heute nichts Grundlegendes geändert. In Deutschland ist bis 2050 eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 85 % erforderlich, das ist eine Halbierung alle 15 Jahre oder eine Reduzierung um 4,4 % pro Jahr.

Durch die Verzögerungstaktik der Wirtschaftsführer und der Politiker werden die Probleme nicht nur verstärkt, es ist sogar nicht mehr auszuschließen, dass wir es nicht mehr schaffen, die Überschreitung des „Kipppunktes“ zu verhindern, von dem an der Klimawandel sich selbst verstärkt und nicht mehr verhindert werden kann!

Die bisherigen Maßnahmen der Regierungen sind völlig unzureichend, sie dienen in erster Linie der Täuschung der Wähler/innen. Sie sind häufig auch falsch konzipiert. Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif, denn es sind große Investitionen erforderlich, die nur z.T. durch Ressourceneinsparungen oder durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität kompensiert werden. Sie führen also per Saldo zu einem Reallohnverlust, gleichzeitig steigen für die Kapitalbesitzer die Einkommen. Dies führt zu einer weiteren, völlig inakzeptablen Öffnung der Einkommensschere. Besonders ausgeprägt tritt dieser Effekt durch den Emissionshandel ein, denn der Emissionshandel hat die Wirkung einer Angebotsverknappung und Angebotsverknappungen führen immer zu extremen Preissteigerungen und Extraprofiten. Die zu erwartende Spekulation mit Emissionsrechten und die dabei erzielten Spekulationsgewinne werden die Situation verschlimmern.

Auch im Rahmen des kapitalistischen Systems gibt es noch eine ganze Palette von Möglichkeiten, um eine signifikante Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und des Ressourcenverbrauchs zu erreichen. Ihre unvermeidlichen sozialen Auswirkungen müssen durch Ausgleichsmaßnahmen kompensiert werden. Möglich und erforderlich sind ordnungspolitische Maßnahmen, also Vorschriften, z.B. durch die Verpflichtung auch Altbauten mit einem Vollwärmeschutz zu versehen. Es können auch marktwirtschaftliche Methoden angewandt werden, z.B. die Erhöhung und Ausweitung der Maut auf alle Transportfahrzeuge. Es können die Steuergesetze verändert werden, damit Produkte mit geringem Energie- und Rohstoffbedarf billiger werden, solche mit hohem Energie- und Rohstoffverbrauch dafür teurer. Man kann also mit Steuern steuern. Es sind auch staatliche Investitionen dringend erforderlich, z.B. um die Wirkungsgrade bei der Photovoltaik deutlich zu steigern, um die Stromnetze für die Wind- und Solarstromversorgung auszubauen und rohstoffsparende Technologien zu entwickeln.

Kapitel 4 Mit der Kreativität aller Menschen zum Klimaschutzziel

Die bisher schon in der Diskussion befindlichen Maßnahmen werden nicht ausreichen, um die erforderlichen Klimaschutzziele zu erreichen. Dies wird erst dann möglich werden, wenn völlige Transparenz über den Energieverbrauch bzw. über die Menge der Freisetzung von klimaschädlichen Gasen bei der Bereitstellung aller Produkte besteht und der umwelt- und klimarelevante Energieverbrauch durch die Ausgabe von Umweltzertifikaten (UZ) an alle privaten und öffentlichen Haushalte limitiert und von Jahr zu Jahr reduziert wird.

Bei der Inanspruchnahme von umwelt- und klimaschädlichen Energierohstoffen oder für Produktionsmethoden, bei denen klimaschädliche Gase freigesetzt werden, müssen die festgesetzten UZ an eine Klimaschutzbehörde „bezahlt“ werden. Beim Verkauf der daraus produzierten Produkte und Dienstleistungen müssen die Unternehmen die Menge an UZ in Rechnung stellen, die zur Herstellung gebraucht wurden, damit sie wieder neue Rohprodukte einkaufen können. Letztendlich bezahlen die Konsumenten (private und öffentliche Haushalte) die UZ-Beträge für das jeweilige Produkt, die für die Bereitstellung des Produktes erforderlich waren, mit den UZ, die sie kostenlos von der Klimaschutzbehörde erhalten.

Die größten Vorteile dieses Verfahrens liegen in der höchstmöglichen Transparenz für Produzenten und Verbraucher, ebenso in der sozialen Gerechtigkeit, denn Menschen mit unterdurchschnittlichem Einkommen und damit unterdurchschnittlichem Konsum, werden einen Teil ihrer zugeteilten UZ verkaufen können. Sie können damit die Reallohnverluste, bedingt durch die Klimaschutzinvestitionen, ausgleichen. Verbraucher mit hohem Einkommen und hohem Konsum, dadurch also auch Verursacher von hohem Klimagasausstoß, müssen zusätzlich UZ erwerben oder Investitionen tätigen, damit sie weniger UZ benötigen. Auch die öffentlichen Haushalte müssen geeignete Investitionen tätigen, damit sie mit den laufend sinkenden UZ auskommen. Und die Unternehmen sind ebenfalls gezwungen in den Klimaschutz zu investieren, damit sie für ihre Produkte immer weniger UZ berechnen müssen. Dieses Verfahren verbindet in idealer Weise die Zielsicherheit von ordnungspolitischen Methoden mit den kreativitätsfördernden, marktwirtschaftlichen Methoden. **Das Resultat ist höchstmögliche Effektivität und soziale Gerechtigkeit.**

Kapitel 5 und 6 Ein Blick zurück - Die Geschichte der Wirtschaft und der Gesellschaft

Der Rückblick in die Geschichte zeigt, dass die Spezialisierung, verbunden mit Handel und Marktwirtschaft, die Versorgung der Menschen wesentlich verbessert hat, dass sie aber immer mit Herrschaft und Unterdrückung verbunden war, auch nach großen Revolutionen. Bis heute ist dieses Phänomen noch immer nicht überwunden, auch wenn die Methoden der Unterdrückung sich verändert haben.

Deutlich werden auch die Beschleunigung der Entwicklung und die Eingriffsmöglichkeiten der Menschen in die Natur. Erstmals in der Geschichte hat die Menschheit die Fähigkeit, die Bewohnbarkeit der Erde zu zerstören.

Von den bisher praktizierten gesellschaftlichen Formen ist die Demokratie zweifellos die beste „Herrschaftsform“. In Verbindung mit der sozialen Marktwirtschaft hat sie in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg zu einer kurzen und vielleicht glücklichsten Phase in der deutschen Geschichte geführt. Dennoch kann sie in dieser Form nicht weitergeführt werden, denn auch sie war nur unter der Bedingung von starkem wirtschaftlichem Wachstum, verbunden mit stark steigendem Ressourcenverbrauch, möglich. Sie ist daher nicht zukunftsfähig.

Kapitel 7 Wie durch Arbeit Kapital entsteht - Die Funktionsweise der Wirtschaft

Bevor wir uns auf die Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem machen, müssen wir uns über grundsätzliche und allgemeingültige Mechanismen in einer Wirtschaft klar werden.

Grundlegend ist die Erkenntnis, dass alle Werte von uns Menschen geschaffen werden, unter Zuhilfenahme von natürlichen Ressourcen. Die Arbeitskraft der Menschen und die natürlichen Ressourcen sind die primären Produktionsfaktoren (PF), aus denen alles geschaffen wird, auch das Realkapital. Realkapital ist also gar kein primärer PF, es besteht aus den PF Arbeit und natürliche Ressourcen. Kapital in Form von Geld-Kapital ist ebenfalls kein PF, es wird nur vorübergehend benötigt, um die PF Arbeit und natürliche Ressourcen optimal einsetzen zu können, es wird ganz wieder zurückbezahlt, samt dem Zins, während die erbrachte Arbeitsleistung und die verwendeten Rohstoffe untrennbar im Produkt gebunden sind. Geld-Kapital ist auch gar kein knappes Gut, es kann bei Wachstum und Unterbeschäftigung in jeder erforderlichen Menge zur Verfügung gestellt werden. Es ist nur durch die Verfügbarkeit der PF (Arbeit und natürliche Ressourcen) limitiert.

Wenn mehr produziert werden kann, als konsumiert wird, entsteht Realkapital. Für seine Finanzierung gibt es drei Möglichkeiten: Entweder die Unternehmen bezahlen an die Arbeitskräfte einen Lohn, der geringer ist als der Wert ihrer Arbeit, oder die Arbeitskräfte sparen (zu den Arbeitskräften zählen auch die arbeitenden Unternehmer) oder der Staat erhebt Steuern, die für Investitionen verwendet werden.

Durch das Sparen entsteht immer mehr Geldvermögen in den Händen derer, die sparen können; durch die Zahlung von Zins und die Erwirtschaftung von Gewinnen öffnet sich permanent die Einkommensschere.

Real-Kapital kann dazu verwendet werden, dass die Produktivität der Arbeit steigt, dann wachsen die Wirtschaft und damit der Wohlstand, oder es wird zur Ressourceneinsparung verwendet, dann bleibt der Wohlstand im Durchschnitt erhalten. Letzteres wird durch die Ressourcenknappheit und den Klimawandel in Zukunft erzwungen. Im kapitalistischen System öffnet sich dadurch die Einkommensschere immer stärker, weil die Einkommen aus Investitionen weiter steigen, der Reallohn aber zwangsläufig sinkt. Die Notwendigkeit von großen Investitionen in den Klimaschutz wird die Öffnung der Einkommensschere wesentlich verstärken. Dies kann in der Zukunft zu sozialen Unruhen führen. Eine grundlegende Veränderung des Wirtschaftssystems ist daher unumgänglich.

Kapitel 8 Leitlinien für eine solidarische, zukunftsfähige Gesellschaft

Menschen arbeiten in einer Wirtschaft zusammen, weil dies effektiver ist als eine Subsistenzwirtschaft. Eine menschenwürdige Wirtschaft ist also für *alle* Menschen da, *alle* müssen darin in allen Situationen des Lebens ein ausreichendes Auskommen haben und *alle* Arbeitsfähigen bringen ihre Talente ein.

Das theoretische Fundament der solidarischen, zukunftsfähigen Gesellschaft ist die Erkenntnis, dass alle Werte nur durch die Arbeitsleistung der Menschen und die natürlichen Ressourcen entstehen, sie sind die einzigen Produktionsfaktoren (PF). Daraus wird abgeleitet, dass nur die Arbeit entlohnt wird und dass die Erhaltung der natürlichen Ressourcen, als die Lebensgrundlage der Menschen, höchste Priorität hat. Das Kapital wird (fast) nicht entlohnt. Dies ist auch deshalb gerecht, weil nur derjenige sparen und damit Vermögen anhäufen kann, der für seine Arbeit so hoch entlohnt wird, dass er nicht alles verbrauchen kann oder will, zumindest nicht sofort. Bekommt er für das gesparte Vermögen zusätzlich Zinsen oder eine Gewinnbeteiligung, wird seine Arbeit ein zweites Mal entlohnt.

Diese grundsätzliche Veränderung gegenüber dem Kapitalismus erfordert ein radikales, ein an die Wurzel gehendes Umdenken, was große Widerstände hervorrufen wird. Möglicherweise ist deshalb die postkapitalistische, solidarische Gesellschaft nur unter dem Druck des

Klimawandels und in einer außergewöhnlichen Finanz- und Wirtschaftskrise durchsetzbar. Dann wird nämlich auch den Besitzenden klar, dass die solidarische Gesellschaft auch für sie Vorteile hat, nämlich die **Zukunftsfähigkeit**, weil sie ohne Wachstum auskommt und die Sicherheit vor großen Verlusten gewährleistet.

Weitere Merkmale der postkapitalistischen, solidarischen Gesellschaft sind:

- Sie sorgt für eine bestmögliche Bildung für alle
- Sie kennt keine Klassenunterschiede im Gesundheitswesen
- Sie vermeidet längere Arbeitslosigkeit
- Sie vermeidet extreme Einkommensunterschiede und sorgt so für eine gerechte Verteilung der von der Natur geschenkten und von den Menschen geschaffenen Güter
- Sie unterbindet jegliche Spekulationsmöglichkeiten, denn durch die Spekulation werden keine Werte geschaffen, sie führt nur zu einer Umverteilung von unten nach oben
- Sie erhebt angemessene Steuern und vermeidet eine langfristige staatliche Verschuldung
- Sie kontrolliert die Finanzströme
- Sie ist durch und durch demokratisch, in der postkapitalistischen, solidarischen Gesellschaft endet die Demokratie nicht am Werkstor
- Sie nutzt die Chancen der Marktwirtschaft überall dort, wo sich Angebot und Nachfrage ausgleichen können und faire Konkurrenz möglich ist. Dort wo es keine Konkurrenz geben kann oder dort wo sie unerwünscht ist, wird die Versorgung öffentlich gewährleistet
- Sie lebt im Einklang mit der Natur
- Sie braucht kein Militär mehr, es gibt nur noch Ordnungskräfte unter dem Kommando der UNO

Kapitel 9 bis 11 Konkrete Vorschläge für ein postkapitalistisches Gesellschaftssystem

Die erforderlichen Schritte zum Klimaschutz wurden schon in den Kapiteln 3 und 4 beschrieben. Es fehlen noch Vorschläge für die gesellschaftlichen Veränderungen.

Eine signifikante Reduzierung der Streuung bei den Arbeitseinkommen ist essentiell, hierzu schlage ich die Etablierung einer „Tariffindungskommission“ vor, die für alle Berufsgruppen und alle Tätigkeitsebenen einen Entlohnungsrahmen festlegt, der in allen Betrieben und Behörden der Lohnfindung dient, von der Reinigungskraft bis zum Konzernchef. Der ausgearbeitete Konsens soll in einer Volksabstimmung ratifiziert werden.

Das Kapital wird in der solidarischen Gesellschaft nicht mehr oder nur geringfügig entlohnt. Der Lohn für die Arbeit soll aber auch nachträglich nicht durch Geldentwertung gemindert werden. Aus diesem Grund entspricht der Haben-Zins immer der Inflationsrate. Bei Investitionen in einem Betrieb soll der Zins einen Risikoaufschlag von 1 % erhalten.

Betriebsgewinne werden teils an die MitarbeiterInnen ausbezahlt. Für den Betrieb soll ein Gewinn von bis zu 5 % der Lohnsumme steuerfrei sein, Gewinne die diesen Betrag überschreiten werden progressiv besteuert, bis zu einem Spitzensteuersatz von 60 %. Bei der Steuerformel wird auch die Anzahl der Mitarbeiter/innen berücksichtigt, je höher die Anzahl der Mitarbeiter/innen, desto flacher die Steuerprogression.

Damit die Spekulation unterbunden wird, bedarf es umfangreicher Veränderungen. Da die Aktien Spekulationsobjekte sein werden, so lange es sie gibt, werden Aktien per Gesetz in persönliche Anteilsscheine umgewandelt, die nicht mehr an einer Börse gehandelt, sondern nur an die Teilhabergesellschaften (THG) zurückgegeben werden können. Der Rückgabepreis

und die Dividende kann jährlich von der THG festgelegt oder schon bei der Ausgabe vereinbart werden oder es ist Verhandlungssache bei der Rückgabe.

Die Spekulation mit Rohstoffen wird dadurch unterbunden, dass nur noch Hersteller und weiterverarbeitende Betriebe an den Börsen zugelassen sind, oder ihre autorisierten Vertreter. Produzenten und Abnehmer müssen monatlich eine Vorausschau für die Lieferung bzw. den Bedarf für die nächsten 12 Monate melden, damit ein Überblick über die zu erwartende Versorgungssituation entsteht.

Die Ausgabe von Derivaten und anderen modernen „Finanzprodukten“ wird verboten.

Die Spekulation mit Grundstücken ist zu unterbinden, indem unbebaute Grundstücke nur von Landwirten erworben werden dürfen und nur bis zu einer bestimmten Fläche. Bei landwirtschaftlichen Kooperativen richtet sich die Fläche nach der Anzahl der in der Kooperative mitarbeitenden GenossInnen. Landwirtschaftliche Flächen, die keinen Käufer finden, werden vom Staat aufgekauft und verpachtet.

Die Spekulation mit Devisen wird durch die Einführung der nach Prof. Spahn erweiterten Tobinsteuer und evtl. durch die Einführung von festen Wechselkursen weitestgehend eingeschränkt.

Durch diese Veränderungen reduzieren sich die Aufgaben der Banken wieder auf die dienende Funktion als Geldsammelstelle zur Weitergabe an Kreditnehmer. Sie dürfen nur noch so viel Geld verleihen, wie sie Kundeneinlagen haben, oder sie leihen sich zusätzlich Geld bei anderen Banken oder bei der Notenbank, ihr allein obliegt die Möglichkeit der Geldschöpfung.

Die Weltfinanzordnung muss entsprechend den ursprünglichen Vorschlägen von J.M.Keynes aus dem Jahr 1944 umgestaltet werden, wie es auch J. Stiglitz in seinem Buch „Die Chancen der Globalisierung“ vorgeschlagen hat.

Grundlegend verändert wird in der solidarischen Gesellschaft auch die Betriebsverfassung. Angelehnt an die Ausführungen von Ota Sick in seinem Hauptwerk „Humane Wirtschaftsdemokratie“ werden Unternehmer/innen und Mitarbeiter/innen zu Partnern. In der solidarischen Gesellschaft ist es selbstverständlich, dass volle Transparenz über die Geschäftsergebnisse herrschen und es werden die Pläne und Strategien für die Zukunft gemeinsam entwickelt. Dies gilt auch für die von UnternehmerInnen geführten Betriebe. Der von den MitarbeiterInnen gewählte Betriebs- und Personalrat (BPR) entscheidet mit der Betriebsleitung über die Gehaltsfindung, die Arbeitszeiten, die betrieblichen Sozialleistungen und die Weiterbildung der Führungskräfte und der Mitarbeiter/innen.

In GmbHs und THGs gibt es ebenfalls den BPR und analog dem heutigen Aufsichtsrat den Wirtschafts- und Aufsichtsrat (WAR). Der WAR besteht zu 50 % aus Mitarbeiter/innen, zu 25 % aus Vertretern der Teilhaber und Banken und die restlichen 25 % aus Vertretern der Öffentlichkeit, die von den übrigen Mitgliedern des WAR im Konsens bestimmt werden.

Das Steuersystem und die Sozialversicherungen sind in der solidarischen Gesellschaft Ausdruck gelebter Menschlichkeit. Im Vordergrund stehen:

- Die Stärkung der sozialen Gerechtigkeit
- Die Stabilisierung des Wirtschafts- und Finanzsystems
- Die Förderung der zukunftsfähigen Wirtschaftsweise

Die Vorschläge zur Veränderung der Steuergesetzgebung sind an die Vorschläge der Solidarischen Einfachsteuer (SES) von attac und ver.di angelehnt. Es wird jedoch bei der Einkommensteuer ein Spitzensteuersatz von 60 % vorgeschlagen, der für Einkommen über

100 000 € zu entrichten ist. Die Vermögensteuer verläuft ebenfalls progressiv in sieben Stufen von 1 % für Vermögen von 500 000 € bis 1 Million, bis 5 % für Vermögen über 50 Millionen €. Für Produktivvermögen gelten gesonderte Regelungen. Die Gewinnsteuer für Betriebe wurde bereits weiter oben angeführt.

Bei der Erbschaftssteuer gibt es eine Erbnachlasssteuer, dies ist praktisch eine einmalige Vermögensteuer, die ebenfalls progressiv verläuft und eine Erbanfallsteuer, die für Erben ersten Grades einen Freibetrag vorsieht und danach entsprechend der Einkommensteuer berechnet wird. Für Betriebsvermögen gelten ebenfalls andere Regelungen, um den Fortbestand der Betriebe zu sichern.

In der solidarischen Gesellschaft hat die Erhaltung der Lebensgrundlagen, zusammen mit der sozialen Gerechtigkeit und selbstverständlich der friedlichen Zusammenarbeit, die höchste Priorität. Das drückt sich auch im Steuersystem aus. Da auf die Nutzung der natürlichen Ressourcen alle Menschen, die heute und die zukünftig lebenden, das selbe Anrecht haben, kann ihre Nutzung, insbesondere für gewerbliche Zwecke, nicht kostenlos sein. Die sozial gerecht erhobene Ressourcensteuer ist daher unabdingbar.

Alle Sozialversicherungen sind selbstverständlich echte Bürgerversicherungen, in die alle, entsprechend ihrem gesamten Einkommen, die Beiträge leisten. Die bisherige paritätische Finanzierung ist bei diesem Konzept nicht mehr sinnvoll. Die Unternehmen leisten aber weiterhin Beiträge zu den Sozialversicherungen, sie werden nach der Höhe der gesamten Wertschöpfung eines Betriebes errechnet. Die Arbeitslosenversicherung wird wie in den USA allein von den Unternehmen finanziert.

Kapitel 12 Die Agrarpolitik der solidarischen Gesellschaft

Angesichts der immer stärkeren Nutzung von Agrarprodukten für Treibstoff und wegen der weiter steigenden Bevölkerung kann die Versorgung der Menschen mit Grundnahrungsmitteln nicht mehr den Marktkräften überlassen werden, dies würde zu großen Hungersnöten führen. Wir brauchen ein völlig neues System, in dem die Kapazitäten und der Bedarf an Grundnahrungsmitteln weltweit ermittelt wird. Entsprechend dem Bedarf werden an die Produzenten Kontingente vergeben und es werden Preisrichtwerte festgelegt, so dass alle, die Kontingente erwerben, wissen, wie hoch ihr Erlös sein wird. Allgemeine Subventionen werden verboten, es sind nur noch Ausgleichszahlungen erlaubt, z.B. zur Förderung der Bewirtschaftung von Klein- und Steiflächen, sowie von unfruchtbaren Böden.

Kapitel 13 Alternativen zur Überwindung der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise wird die neoliberale Wirtschaftstheorie in Frage stellen, es ist aber nicht sicher, dass dadurch der Umstellungsprozess hin zu einer solidarischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung beschleunigt wird. Unabhängig von jeder taktischen Überlegung muss die Krise so schnell als möglich überwunden werden, um die drohende Not zu begrenzen und es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die die Gründe für die Krisen, nämlich die Überakkumulation an Kapital, beseitigen, dazu gibt es auch im kapitalistischen Ordnungsrahmen noch viele Möglichkeiten.

Es müssen die Einkommensunterschiede reduziert, der gesetzliche Mindestlohn eingeführt, die unteren und mittleren Einkommen steuerlich entlastet, der Spitzensteuersatz angehoben, die Vermögens- und Börsenumsatzsteuer wieder eingeführt und die Erbschaftssteuer auf das internationale Niveau angehoben werden.

Die Banken und die Finanzmärkte müssen kontrolliert, die Eigenkapitalquote der Banken erhöht und Leerverkäufe, Derivate und Steueroasen müssen verboten werden.

Völlig falsch und gefährlich sind die Maßnahmen der Regierungen zur Rettung der Banken. Durch den Kauf von wertlosen „Wertpapieren“ durch die Notenbanken und die

Regierungen verlieren die Notenbanken die Handlungsfähigkeit und die Verschuldung der Regierungen steigt an, ohne dass dafür neue Werte entstehen. Gewinner sind die Banken und ihre Kapitalanleger, denn sie können das von den Regierungen erhaltene Kapital sofort dem Staat leihen, damit dieser ihre wertlosen Papiere abkaufen kann.

Die Banken und ihre Kapitaleinleger tauschen so ihre wertlosen Papiere völlig kostenlos gegen sichere Staatsanleihen! Super - den Bankern ist ein einmaliger Coup gelungen!

Die Dummen sind zum einen die SteuerzahlerInnen ohne Kapitalbesitz, denn für sie werden ohne Gegenleistung die Steuern erhöht und für diejenigen, die so wenig verdienen, dass sie keine Steuern bezahlen, werden die Sozialtransfers gekürzt werden, denn der Staat muss die höheren Kosten der Neuverschuldung ausgleichen.

Zur Überwindung der Wirtschaftskrise ist es wichtig, dass nicht planlos der Konsum angekurbelt, sondern neben Investitionen in die Bildung vor allem gezielt der ökologische Umbau der Wirtschaft gefördert wird. Es wird vorgeschlagen, dass ein „Zukunftsrat“ einberufen wird, in dem die Bundes- und Landesregierungen, die Parteien, die Kommunen, die Wirtschaft, die Gewerkschaften und NGOs vertreten sind, um gemeinsam die notwendigen Schritte zu planen. **Entscheidend ist, dass nicht nur die Regierungen die erforderlichen Zukunftsinvestitionen durchführen, sondern noch viel mehr die Unternehmen und die privaten Haushalte.**

Kapitel 14 Der Weg zur solidarischen Gesellschaft

Damit die solidarische Gesellschaft erreicht wird, ist die Zusammenarbeit aller Menschen erforderlich, denen Friede, die soziale Gerechtigkeit und die Erhaltung der Lebensgrundlagen am Herzen liegen. Das sind AktivistInnen von vielen verschiedenen Vereinigungen, NGOs, Christen und Angehörige anderer Religionen, Humanisten, Sozialisten, Gewerkschaften usw.

Damit das Ziel von einer großen Mehrheit getragen wird, ist der Weg in überschaubare Einzelschritte aufzuteilen. Vorgeschlagen werden folgende 8 Schritte:

- Reform der Weltfinanzordnung, Kontrolle der Finanzmärkte, effektive Maßnahmen für den Klimaschutz im Rahmen der kapitalistischen Marktwirtschaft, sowie Rückführung der Steuerreformen und der Kürzungen bei den Sozialleistungen und die Einführung eines allgemeinen Mindestlohnes
- Einführung einer echten Bürgerversicherung für alle Sozialversicherungen
- Einführung des Vergabesystems der Umweltzertifikate (UZ)
- Festlegung der Einkommensbandbreiten
- Einführung des neuen Betriebsverfassungsgesetzes
- Unterbindung der Spekulation
- Die Sicherung der Lebensmittelversorgung für alle Menschen
- Weltweite Abrüstung und Entwicklung zur Zukunftsfähigkeit

Ja, wenn wir diese acht Schritte gegangen sind, dann haben wir das Ziel erreicht – die solidarische Gesellschaft für Gerechtigkeit, Zukunftsfähigkeit und Frieden.